Nr. 34. 46. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Freitag, 19. Januar 1917

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Reiche Beute eines deutschen Hilfskreuzers.

Ein englischer Dampfer nach Swinemünde aufgebracht.

Berlin, 19. Januar. (Amtlich.)

Am 31. Dezember 1916 ist der englische Dampfer „Harrowdale" (4600 Bruttoregistertonnen) als Prise in den Hafen von Swinemünde eingebracht worden. Der Dampfer hatte ein deutsches Prisenkommando in Stärke von 16 Mann und 469 Gefangene, nämlich die Besatzungen von einem norwegischen und sieben englischen Schiffen an Bord, die von einem unserer Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean aufgebracht waren. Die Ladung der aufgebrachten Schiffe bestand vorwiegend aus Kriegsmaterial, das von Amerika kam und für unsere Feinde bestimmt war, und aus Lebensmitteln, darunter 6000 Tonnen Weizen, 2000 Tonnen Mehl, ferner aus 1900 Pferden. Der eingebrachte Dampfer „Harrowdale" hatte 117 Lastautomobile, ein Personenautomobil, 6300 Kisten Gewehrpatronen, 30 000 Rollen Stacheldraht, 3300 Tonnen Stahl in Knüppeln, außerdem viel Fleisch, Speck und Wurst an Bord. Von den versenkten Dampfern waren drei englische bewaffnet. Unter den Besatzungen der aufgebrachten Schiffe befinden sich insgesamt 103 Angehörige neutraler Staaten, die ebenso wie die feindlichen Staatsangehörigen in Kriegsgefangenschaft abgeführt sind, soweit sie auf den bewaffneten feindlichen Dampfern Heuer genommen hatten. Führer des Prisenkommandos war der Offizierstellvertreter Badewitz. Die Einbringung der Prise „Harrowdale" wurde bisher aus militärischen Gründen geheim gehalten. Diese sind, nachdem die Erklärung der britischen Admiralität vom 17. Januar 1917 erschienen ist, fortgefallen. Bemerkenswert ist, daß die englische Admiralität sich erst dann entschlossen hat, die bereits längere Zeit zurückliegenden Verluste dem englischen Publikum bekannt zu geben, als diese durch das Einlaufen der japanischen Prise „Hudson Maru" in einen brasilianischen Hafen auch dem neutralen Ausland bekannt geworden waren.

Bericht der englischen Presse über das deutsche Kaperschiff.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 19. Januar.

Der Marinemitarbeiter der „Times" schreibt über das Auftreten des neuen deutschen Kaperschiffes: „Es wird für Schiffahrtskreise wohl nichts Neues sein, daß sich wieder ein deutsches Kaperschiff auf See befindet, seitdem die Admiralität am 8. 12. bekanntgab, daß ein bewaffnetes und unkenntlich gemachtes Schiff am 4. 12. signalisiert worden sei. Im Atlantischen Ozean wurde eine große Anzahl von Schiffen als verloren gemeldet." Im Hinblick auf die lange Zeit, während der das Kaperschiff angeblich tätig war, hält der „Times"-Mitarbeiter die bekannt gewordenen Verluste nicht für überraschend groß. Sie seien nicht so groß, wie die Beute, die die „Möwe" während einer kürzeren Zeit gemacht hat. Das Kaperschiff habe anscheinend seine Operationen im Nordatlantik angefangen und sei dann anscheinend südwärts gefahren. Aus der Nachricht, daß eines der erbeuteten Schiffe eine Prisenmannschaft an Bord bekam, dürfe man schließen, daß entweder der überraschende Versuch der „Appam" wiederholt werden und daß die „St. Theodore" in einem oder anderen der neutralen Häfen erscheinen werde, oder daß das Kaperschiff beabsichtige, einige seiner Schlachtopfer als Vorratsschiffe und Aufklärungsschiffe zu benutzen, wie dies von der „Karlsruhe" und „Emden" getan wurde. (Vgl. Seite 2.)

Angriffe an allen Fronten abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unser Patrouillen führten an mehreren Stellen erfolgreiche Unternehmungen durch.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die in den letzten Tagen regere Gefechtstätigkeit flaute wieder ab.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nördlich des Susita-Tals in der Gegend von Marasti scheiterten gegen unsere Höhenstellungen unternommene Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß einer englischen Kompagnie gegen Seres wurde leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (W. T. B.)

Graf Clam-Martinitz und Graf Tisza beim Reichskanzler.

Plenarberatung mit den Vertretern der deutschen Regierung.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz stattete gestern vormittag dem Reichskanzler einen Besuch ab und verblieb bei ihm eine halbe Stunde. Hierauf machte der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza dem Reichskanzler einen gleichfalls halbstündigen Besuch.

Nachmittags traten die in Berlin anwesenden Vertreter der österreichischen und ungarischen Regierung mit den Vertretern der deutschen Regierung zu einer Plenarberatung zusammen, die im Reichskanzlerpalais stattfand. Der Reichskanzler eröffnete die Sitzung mit einer herzlichen Begrüßungsansprache, und trat dann den Vorsitz an den Staatssekretär Helfferich ab, der gleichfalls in einer Ansprache die Mitglieder der österreichischen und ungarischen Regierung begrüßte. Die gemeinsamen Beratungen wurden heute vormittag im preußischen Staatsministerium fortgesetzt. Es herrschte bei diesen Beratungen, wie von unterrichteter Seite verlautet, ein sehr herzlicher Ton, der gegenseitige persönliche Eindruck ist ausgezeichnet. Was das Resultat der gemeinsamen Besprechungen anlangt, so kann man jetzt bereits als gewiß betrachten, daß die verbündeten Staaten sich in allen wirtschaftlichen Fragen nach besten Kräften unterstützen werden.

Gestern gab der österreichisch-ungarische Botschafter Fürst Hohenlohe ein Diner, dem die Vertreter der österreichischen und ungarischen Regierung, ferner der Reichskanzler und andere hervorragende Persönlichkeiten der deutschen Regierung beiwohnten.

*

Wien, 18. Januar. (W. T. B.) Der bisher im Ministerium des Aeußeren beschäftigt gewesene außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister Stefan v. Ugron ist ausersehen, demnächst als Vertreter des Ministers des Aeußeren nach Warschau abzugehen, wo er bereits in früheren Zeiten viele Jahre hindurch in amtlicher Eigenschaft tätig war. Der bisherige Vertreter des Ministeriums des Aeußern in Warschau, Freiherr v. Andrian, wird zur Dienstleistung ins Ministerium des Aeußern berufen.

Zusammentritt des Reichstags.

Der Reichstag wird, wie wir erfahren, voraussichtlich erst Mitte Februar wieder zu Plenarversammlungen zusammentreten.

Der Beirat des Kriegsernährungsamtes.

Der Beirat des Kriegsernährungsamts ist wie berichtet, heute zu einer zweitägigen Sitzung zusammengetreten, und zwar unter starker Beteiligung; bekanntlich gehören dem Beirat etwa hundert Mitglieder an. Die Verhandlungen begannen mit einem ausführlichen Vortrage des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki über den Stand der Ernährungsfrage und die Aussichten für die weitere Entwicklung des Ernährungsproblems. Dem Vortrag folgten dann programmgemäß die Berichte der einzelnen Referenten.

*

Gegenüber den zahlreichen Beschwerden über die **ungenügende Belieferung mit Saatkartoffeln** wird bekannt, daß die allgemeinen Schwierigkeiten, mit denen der Kartoffelmarkt zu kämpfen hat, sich auf diesem Gebiet notgedrungen bemerkbar machten mußten. Die Ursachen liegen in erster Linie an Transportschwierigkeiten und sie haben dazu geführt, daß die Belieferung um drei bis vier Wochen hinter dem geplanten Stande zurückgeblieben ist. Es ist zu erwarten, daß, wenn Anfang März die Frostgefahr beseitigt erscheint, der Transport der Saatkartoffeln voll einsetzen wird.

Zur Begrüßung.

Die Parlamentspräsidenten der verbündeten Mächte in Berlin.

Von [Nachdruck verboten.]

Heinrich Dove,
Vizepräsident des Reichstags.

Inmitten des gewaltigen Völkerringens sind heute in der deutschen Reichshauptstadt die Präsidenten der Parlamente der mit uns gemeinsam kämpfenden Mächte zu kurzem Aufenthalt eingetroffen. Ein herzliches Willkommen tönt ihnen entgegen. Nicht um Feste zu feiern, haben sie die unter den gegenwärtigen Verhältnissen beschwerliche Reise angetreten, sondern um vor der Welt zu bekunden, daß die verbündeten Völker unzertrennlich zusammenstehen, einer für alle und alle für einen, entschlossen, einen Frieden zu erkämpfen, der ihnen allen die Grundlagen ihrer nationalen Existenz, die Machtstellung, deren sie zur Erfüllung ihrer staatlichen und kulturellen Aufgaben bedürfen, gewährleistet.

Wenn die Zurückweisung der von uns dargebotenen Friedenshand seitens der feindlichen Staaten einen Erfolg gehabt hat, so ist es der, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen uns und unseren Verbündeten zu stärken. Erblickt doch jeder einzelne in dem Ziel, das ihm gegenüber die Ententenote steckt, das Bestreben, die Axt an die Wurzel seiner nationalen Existenz zu legen. Eben das muß den Entschluß, mit vereinter Kraft die Vernichtungspläne zuschanden zu machen und die eigene Machtstellung zu befestigen, in jedem einzelnen zum Fundament seiner weiteren Maßnahmen machen. Darum steht schon heute fest, was niemals zu bezweifeln war, daß es auf unserer Seite keinen Sonderfrieden gibt, daß die Verbündeten auf Gedeih und Verderb miteinander zusammengeschlossen sind.

Was an staatlichen Vereinbarungen zur Erreichung des gemeinsamen Kampfzieles erforderlich ist, das auf diplomatischem und militärischem Gebiet miteinander zu vereinbaren, ist Sache der völkerrechtlich als Vertreter der Einzelmächte anerkannten Regierungen. Draußen stehen die Männer der verbündeten Reiche in kameradschaftlichem Verbande miteinander vereint und trotzen den unerhörten Gefahren und Mühen dieses beispiellosen Kampfes. Sache der Volksvertretungen ist es nicht, mit direkter Wirkung nach außen die zwischenstaatlichen Beziehungen zu regeln. Die parlamentarische Einwirkung kann immer nur innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen der Einzelstaatsordnung sich wirksam betätigen. Alle die interparlamentarischen Bestrebungen haben angesichts der harten Tatsachen des völkergeschichtlichen Ganges nicht vermocht, das ersehnte Ziel des Weltfriedens und des gegenseitigen Verstehens zu erreichen. Und dennoch ist es von nicht geringer Bedeutung, wenn heute die repräsentativen Spitzen der Volksvertretungen der verbündeten Staaten sich vor der Welt die Hand zu engerem Bunde und gegenseitigem Treugelöbnis reichen. Die Zeit der Kabinettskriege ist vorbei. Was wir heute grauend erleben, ist das ungeheure Ringen der Volksmassen miteinander, ein Aufeinanderplatzen und Durcheinanderschieben elementarer Gewalten, wie es seit den Tagen der Völkerwanderung in solchem Umfang die Welt nicht gesehen hat. Eine so ungeheure Anspannung der Volkskraft, so beispiellose Opfer sind nur möglich, wo das Bewußtsein, daß es sich um Sein oder Nichtsein handelt, in alle Teile gedrungen ist. Als die moderne Form staatlich geordneter Repräsentanz des Volksganzen aber stellen sich die Parlamente dar. Nur wer den 4. August 1914 im Deutschen Reichstag miterlebt hat, versteht es, daß alle Leiden und Beschwerden, alle Opfer und Gefahren den unumstößlichen Siegeswillen des gesamten Volkes nicht zu erschüttern vermögen. Er weiß auch, daß, was immer der weitere Gang der Ereignisse bringen möge, daran sich nichts ändern wird. Darum wissen wir heute auch, daß ohne die Verankerung des Staatslebens in parlamentarischen Institutionen eine weltpolitische Bedeutung der Einzelvölker undenkbar ist. So bedeutet die Vereinigung der Spitzen der Volksvertretungen verschiedener Länder eine Bekundung des Bewußtseins internationalen Zusammenschlusses des Volksganzen der beteiligten Staaten.

Ueber die nächsten Kriegsziele hinaus wird die nach Südost gerichtete engere Völkerverbindung ihre Bedeutung behalten. In zahlreichen wissenschaftlichen, politischen, wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Erörterungen sind die Probleme eines mitteleuropäischen, nach dem wiedererwachenden Orient hinübergreifenden Zusammenschlusses schon erörtert. Vor allem sind wir uns dabei bewußt geworden, wie lückenhaft noch vielfach unsere Kenntnis von dem ist, was das Weltenschicksal in engere Beziehung zu uns gebracht hat. Alles Sichkennen-, Sichverstehenlernen aber setzt vor allem die persönliche Berührung voraus. Dankbar begrüßen wir es, daß die berufenen Vertreter der Parlamente unserer Verbündeten unsere Reichs-